



Niederschrift **(öffentlicher Teil)**

über die 12. Sitzung des Ausschusses für Bildung, Kultur und Soziales vom
27.09.2012

Anwesend:

siehe Anwesenheitsliste

Vorsitz:

Thomas Suttrup

Zu der Sitzung war unter Mitteilung der Tagesordnung am 14.09.2012 eingeladen worden.

Die Sitzung fand in der Burg Lüdinghausen, Kapitelsaal, statt.

Beginn: 18:00 Uhr

Ende: 19:45 Uhr

Vor Eintritt in die Tagesordnung stellt der Vorsitzende fest, dass form- und fristgerecht eingeladen wurde und der Ausschuss für Bildung, Kultur und Soziales beschlussfähig ist. Er weist auf die Befangenheitsproblematik hin.

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil:

1. Schulentwicklungsplan Lüdinghausen 2012 bis 2017
Vorlage: FB 4/306/2012
- 1.1. Schulentwicklungsplanung Lüdinghausen 2012 bis 2017 - ergänzende Tischvorlage -
Vorlage: FB 4/310/2012
2. Errichtung einer neuen Schulform des längeren gemeinsamen Lernens für Lüdinghausen
Vorlage: FB 4/307/2012
3. Berichte
4. Anfragen

Nichtöffentlicher Teil:

5. Berichte
6. Anfragen

Öffentlicher Teil:**TOP 1) Schulentwicklungsplan Lüdinghausen 2012 bis 2017****Vorlage: FB 4/306/2012**

Frau Karasch führt in die Thematik ein. Sie weist auf die Tischvorlage Top 1.1 hin, die die Stellungnahmen der Schulen zum Schulentwicklungsplan enthält (Anlage).

Herr Dr. Garbe erläutert die Eckpunkte des vorliegenden Schulentwicklungsplans:

- Die Grundschulsituation ist für die nächsten Jahre stabil.
- Die Gemeinschaftshauptschule ist zwar aktuell in ihrem Bestand nicht gefährdet, aber im Sinne einer vorsorgenden Infrastrukturpolitik ist es angesichts zurückgehender Anmeldezahlen konsequent, über Veränderung im Schulangebot der Sekundarstufe nachzudenken.
- Die Realschule hat eine stabile Prognose.
- Das St. Antonius-Gymnasium wird ebenfalls in der Zukunft in einer stabilen Situation bleiben.
- Das Gymnasium Canisianum hat zwar in den Anmeldezahlen für das Schuljahr 2012/2013 einen Einbruch. Dieser ist aber als „Ausreißer“ zu werten angesichts der schulorganisatorischen Lage der Schule zum Zeitpunkt der Anmeldungen. Ansonsten ist auch hier von einer tragfähigen Prognose auszugehen.

Dr. Garbe führt aus, dass nach dem vorliegenden Zahlenwerk nicht zwingender Handlungsbedarf bestehe, dass aber durchaus Begründungen dafür vorlägen, über das zukünftige Schulangebot insbesondere im Bereich der Sekundarstufe nachzudenken.

Stv. Schnittker dankt Dr. Garbe für das umfangreiche und aussagekräftige Zahlenwerk. Er schließt sich für die CDU-Fraktion dem Beschlussvorschlag der Verwaltung an und beantragt, die Schulentwicklung abweichend vom bisherigen Modus bereits im nächsten Jahr (2013) fortzuschreiben.

Stv. Havermeier erklärt, dass auf Seite 52 des Schulentwicklungsplanes ein Hinweis darauf fehle, dass an einer Sekundarschule mit einem anderen Anteil an Anmeldungen von Kindern mit gymnasialer Empfehlung zu rechnen sei als an einer Gesamtschule.

Beschluss:

Der Ausschuss empfiehlt der Rat, den Schulentwicklungsplan 2012 bis 2017 zu beschließen. Die Verwaltung wird beauftragt, das vorgeschriebene Beteiligungsverfahren mit den Nachbarkommunen durchzuführen und den Schulentwicklungsplan bereits im Jahr 2013 fortschreiben zu lassen.

Ja-Stimmen:	19
Nein-Stimmen:	0
Enthaltungen:	0

TOP 2) Errichtung einer neuen Schulform des längeren gemeinsamen Lernens für Lüdinghausen

Vorlage: FB 4/307/2012

Frau Karasch führt in die Thematik ein und erklärt, dass die Verwaltung folgenden Beschlussvorschlag macht:

Die Vorbereitungen über die Errichtung einer neuen Schulform werden mangels derzeitiger Akzeptanz in der Bevölkerung nicht weiter verfolgt. Der Rat beauftragt die Verwaltung, bei Bedarf in Zusammenarbeit mit den Lüdinghauser Schulen und der Elternschaft unter Berücksichtigung des Schulentwicklungsplans 2012 bis 2017 ein Konzept zu entwickeln, wie die Lüdinghauser Schullandschaft für die kommenden Jahre zukunftsgerichtet aufgestellt werden soll.

Stv. Möllmann erklärt, dass die CDU-Fraktion den Vorschlag der Verwaltung unterstützen werde. Er räumt ein, dass die Zeit für die Entscheidung über die Reorganisation der Sekundarstufe vielleicht noch nicht reif gewesen sei, dass aber zu bedenken sei, dass jetzt nicht zu lange gewartet werden dürfe, um nicht irgendwann „der Verlierer im Südkreis“ zu werden. Rundum machten sich alle Kommunen auf den Weg zur Neuorganisation ihres Schulangebotes und dies werde auch Auswirkungen auf Lüdinghausen haben. Er gibt auch zu bedenken, dass die neuen Schulformen seitens des Landes bevorzugt ausgestattet würden. Er fügt hinzu, dass nach dem Ergebnis der Elternbefragung formell die Voraussetzung zur Errichtung einer Sekundarschule vorgelegen hätten. Bedauerlich sei es, dass im Zuge der Diskussion der letzten Wochen die Hauptschule, deren Lehrerschaft und die Schülerinnen und Schüler zu Unrecht in ein schlechtes Licht gerückt worden seien. Es gelte, eine Entscheidung für ausnahmslos alle Schülerinnen und Schüler in Lüdinghausen zu treffen.

Stv. Havermeier erklärt, dass die Fraktion der SPD dem Beschlussvorschlag folgen wird und macht deutlich, dass es erforderlich sei, mit allen Beteiligten im Entscheidungsprozess in eine intensive Kommunikation einzusteigen. Weiterhin sei es wichtig, jetzt die Schulsituation genau zu beobachten, um den Handlungsbedarf rechtzeitig zu erkennen. Durch die Diskussion der letzten Wochen sei deutlich geworden, dass Lehrer und Eltern breit und aktiv beteiligt werden müssen.

Stv. Schnittker beantragt, den Beschlussvorschlag zu kürzen um die Passage „mangels derzeitiger Akzeptanz in der Bevölkerung“. Er erklärt weiterhin, eine Gesamtschule sei derzeit nicht die richtige Schule für Lüdinghausen, weil dadurch alle Schulen gefährdet seien.

Dr. Garbe erläutert die Ergebnisse und Auswertung zu den Fragen 3 und 4 des Fragebogens und geht dabei besonders darauf ein, wie die Abstimmung hinsichtlich der Bevorzugten Schulform in Relation zur Zustimmung zur Sekundarschule ausgefallen ist. Die von Herrn Dr. Garbe in der Sitzung verwendeten Folien werden als Anlage 1 beigefügt. Er rät, die Zahlen der nächsten Anmeldungen abzuwarten, in die Diskussion einzusteigen und dann zunächst qualitative Schulentwicklung zum Ziel zu nehmen und sich erst anschließend über die Organisationsformen zu kümmern. Dieser Prozess sei eindeutig schwieriger, aber wichtig für den politischen Frieden in der Stadt.

Stv. Spiekermann-Blankertz gibt zu bedenken, dass zu einem späteren Zeitpunkt das Erreichen eines regionalen Konsenses erheblich schwieriger werden könnte. Weiterhin bekräftigt er, dass eine gute Lösung für alle Schüler gefunden werden muss.

Stv. Kehl macht deutlich, dass die neue Schule, ob nun Sekundarschule oder Gesamtschule, in jedem Fall besser sein muss, als die ohnehin schon sehr guten Schulen Realschule und

Gemeinschaftshauptschule. Er rät, auch, wenn der Beschluss heute zunächst so gefasst wird, das Verfahren dennoch sofort weiter fortzuführen.

Herr Kertelge erklärt, dass der Zeitplan insgesamt zu schnell war und dass noch mehr Informationen an die Eltern herangetragen werden müssen. Die Abstimmungsteilnahme mache aber gut deutlich, dass die Eltern durchaus einbezogen sein wollen.

Stv. Schwarzenberg erklärt, dass im Rückblick zu erkennen sei, dass man sich vor einem Jahr zu einer raschen Entscheidung habe treiben lassen. Die Zeit sei zu kurz gewesen, um sachliche Argumente für die Entscheidung einer breiten Öffentlichkeit nachvollziehbar deutlich zu machen. Formal sei die Hürde zur Errichtung einer Sekundarschule genommen worden. Aber man müsse auch die Abstimmungsergebnisse hinsichtlich der bestehenden Schulen im Blick behalten. Dass der heutige Beschluss gefasst werde, sei keine Katastrophe. Durch die Diskussion der letzten Wochen wären nun wirklich alle Betroffenen informiert, dass in der Schullandschaft Änderungen erforderlich würden, und könnten nun aktiv an der Gestaltung teil nehmen. Für die Fraktion der FDP signalisiert er Zustimmung zum Beschlussvorschlag.

Für die Fraktion der Grünen erklärt Herr Müller Zustimmung zum Beschlussvorschlag. Er bekräftigt, dass jetzt das Verfahren unverzüglich fortgesetzt werden sollte.

Herr Kreutz regt an, die Lehrerschaften aller Schulen aktiv in den Gestaltungsprozess einzubeziehen, um deren praktische Erfahrungen nutzbar für die neue Schullandschaft zu machen. Der Impuls für Visionen über die beste Schullandschaft für Lüdinghausen sollte von den Schulen ausgehen.

Stv. Wischnewski regt an, einen Unterausschuss zu gründen, um den Entscheidungsprozess jetzt fortzuführen.

Über diesen Vorschlag soll in den Fraktionen noch beraten werden. Die Verwaltung wird zur Ratssitzung einen Vorschlag unterbreiten, in welcher Form das Verfahren fortgeführt werden soll.

Beschluss:

Der Ausschuss für Bildung, Kultur und Soziales empfiehlt dem Rat, folgenden Beschluss zu fassen: Die Vorbereitungen über die Errichtung einer neuen Schulform werden nicht weiter verfolgt. Die Verwaltung wird beauftragt, bei Bedarf in Zusammenarbeit mit den Lüdinghauser Schulen und der Elternschaft unter Berücksichtigung des Schulentwicklungsplanes 2012 bis 2017 ein Konzept zu entwickeln, wie die Lüdinghauser Schullandschaft für die kommenden Jahre zukunftsgerichtet aufgestellt werden soll.

Ja-Stimmen:	19
Nein-Stimmen:	0
Enthaltungen:	0

TOP 3) Berichte
keine

TOP 4) Anfragen

Stv. Kehl fragt an, ob hinsichtlich der Offenen Ganztagschule die Verwaltung derzeit Modelle für flexiblere Zeitmodelle berechnet oder vorbereitet. Weiterhin fragt er, ob eine Bedarfsabfrage durch die Verwaltung vorbereitet wird, in der die unterschiedlichen Betreuungsbedarfe bei den Eltern abgefragt werden.

Frau Karasch erklärt, dass die Verwaltung auf mehreren Ebene tätig sei. Einerseits setze man sich dafür ein, dass eine Erlassänderung erwirkt wird. Andererseits sei beabsichtigt, zum Winter eine Bedarfsabfrage durchzuführen. Schon jetzt aber sei angesichts der vielen unterschiedlichen Betreuungsbedarfe klar, dass eine Lösung aller Probleme nicht möglich sein werde. Bei der Entwicklung alternativer Zeitmodelle werde es unerlässlich sein, die Eltern mit in die Pflicht zu nehmen, die entstehenden erhöhten Kosten auffangen zu lassen. Das könnte im Extremfall zu einer „2-Klassen-Gesellschaft“ führen, dass künftig diejenigen, die es sich leisten könnten, ihre Kinder früher aus der Betreuung abholen könnten, und die weniger finanzkräftigen Eltern ihre Kinder bis 15 Uhr da lassen müssten.

Stv. Kehl fragt dazu nach, ob zum nächsten Ausschuss am 29.11. dazu schon neue Erkenntnisse zu erwarten seien. Frau Karasch erklärt, dass Befragungsergebnisse zu diesem Termin definitiv noch nicht vorliegen würden.

Stv. Schnittker fragt ebenfalls zum Thema Offene Ganztagschule an, ob seitens der Ministerin Löhrmann inzwischen eine Antwort auf das Schreiben des Bürgermeisters vorliege und ob die Verwaltung auch schon die Landtagspräsidentin und die Fraktionsvorsitzenden des Landtags angeschrieben hätten. Bürgermeister Borgmann führt aus, dass eine Antwort von Frau Löhrmann vorliege, dass diese aber in ihrer Kernaussage abweiche von den Vorgaben von Gemeindeprüfungsanstalt und Bezirksregierung und dass dies derzeit durch die Verwaltung geklärt werde.

SkB Schäfer fragt, ob der Umstand bekannt sei, dass die Handhabung der Anwesenheitspflicht seitens der Bezirksregierung Arnsberg anders sei als die der Bezirksregierung Münster und dass es jetzt eine landesweite Bedarfsabfrage zur Offenen Ganztagschule über die Landeselternschaft gebe. Frau Karasch erklärt, dass diese beiden Fragen geklärt würden.

SkB Schäfer erklärt, in den Westfälischen Nachrichten vom 14.09.2012 sei auf der Kreisseite eine Grafik zu finden gewesen, wonach in Lüdinghausen ein Überdeckung an U-3 Plätzen vorhanden sei. Basis dieses Artikels sei die Sitzung des Kreisjugendhilfeausschusses in der 37. KW.

Die Aussagen in dem Artikel stünden im Widerspruch zu den letzten vorliegenden Informationen aus dem BKS-Ausschuss: In der Sitzung am 15.03.2012 stellte die Leiterin des Kreisjugend-amtes, Frau Dülker, den Kindergartenbedarfsplan vor, wonach in Lüdinghausen zum jetzt gestarteten Kindergartenjahr 2012/2013 eine Betreuungsquote für U-3 Kinder von 25,13 % erfüllt werden könnte. In der gleichen Sitzung stellte Frau Dülker jedoch auch die zu erwartenden Zahlen für das Kindergartenjahr 2013/2014 vor, wonach der Bedarf an U-3 Plätzen nochmal signifikant ansteigen wird.

In der Kreisjugendhilfeausschusssitzung vom 13.06.2012 wurden Zahlen dargelegt, wonach Lüdinghausen auf eine Erfüllungsquote von 87,23 % beim U-3-Bedarf kommt, in Zahlen ausgedrückt: 164 von 188 benötigten U-3-Plätzen sind vorhanden (inklusive St. Elisabeth Kindergarten).

Im Vergleich dieser Angaben sehe es nun so aus, dass im Zeitraum 13.06.-14.09.2012 in Lüdinghausen 25 neue Plätze geschaffen worden sind.

- 1.) Welche Zahlen benutzte der Kreis bei der Ausschusssitzung in der letzten Woche und
- 2.) wie kommen diese Zahlen zu Stande?
- 3.) Bestätigt die Stadtverwaltung diese Zahlen oder steht die Stadtverwaltung hierbei im Widerspruch zur Kreisverwaltung?
- 4.) Wie ist die Verteilung der Betreuungsquote auf die Ortsteile Lüdinghausen und Seppenrade?
- 5.) bezogen auf 4.): Ist eine getrennte Berechnung möglich, falls ein Ortsteil unter den geforderten 35% liegt?
- 6.) Wie will die Stadtverwaltung nun weiter vorgehen, welche Möglichkeiten sieht die Verwaltung um noch eine Förderung für die ausstehenden Maßnahmen zu bekommen?

Frau Karasch erklärt, dass die Beantwortung dieser Fragen überwiegend in den Zuständigkeitsbereich des Kreisjugendamts falle und dass aus diesem Grund von dort eine Antwort eingeholt worden sei. Diese werde der Niederschrift beigelegt.

Weiter soll zum heutigen Zeitpunkt nicht auf das Thema U3-Betreuung eingegangen werden, weil am Montag, den 01. Oktober 2012 ein Trägergespräch in der Burg Lüdinghausen stattfinden werde, zu dem das Kreisjugendamt im Rahmen des Verfahrens zur Aufstellung des Kindergartenbedarfsplans für 2013/2014 eingeladen habe.

Zur Sitzung dieses Ausschusses im November werde man Frau Dülker einladen, um dann die Kindertagesituation detaillierter zu besprechen.

Thomas Suttrup
Vorsitzende/r

Karin Möllers
Schriftführer/in

Anwesenheitsliste

zur 12. Sitzung des Ausschusses für Bildung, Kultur und Soziales

der Stadt Lüdinghausen am 27.09.2012

anwesend:

CDU-Fraktion

Höring, Volker	
Krüger, Doris	
Möllmann, Bernhard	für Kasberg, Berthold
Schnittker, Alois	
Suttrup, Thomas	
Tüns, Dieter	
Vörding, Claudia	
Weiland, Josef	

SPD-Fraktion

Havermeier, Susanne	
Kleyboldt, Josephine	
Spiekermann-Blankertz, Michael	für Kocar, Karl-Heinz

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Haase, Mathilde	
Möller, Norbert	
Mönning, Annette	

UWG-Fraktion

Borgmann, Rafael	für Wischnewski, Wolfgang Dr.
Kehl, Markus	für Bontrup, Florian
Wischnewski, Susanne	

FDP-Fraktion

Schäfer, Sabine	
Schwarzenberg, Heribert	für Schotten, Peter Dr.

Beratende Mitglieder

Kertelge, Michael	
-------------------	--

Kreutz, Stephan	
-----------------	--

von der Verwaltung

Borgmann, Richard Bürgermeister	
Hülshager, Andre	
Karasch, Christine	
Pieper, Michael	

Entschuldigt:

CDU-Fraktion

Kasberg, Bertholt	
Schäper, Gabriele	

SPD-Fraktion

Kocar, Karl-Heinz	
-------------------	--

UWG-Fraktion

Bontrup, Florian	
Wischnewski, Wolfgang Dr.	

FDP-Fraktion

Schotten, Peter Dr.	
---------------------	--